

Sozialarbeit statt Studiengebühren – die Schnapsidee

Die Ideenlosigkeit der Politiker und Politikerinnen setzt sich in diesem Vorstoß der Koalitionspartner fort. Studierende sollen 60 Stunden „soziale Arbeit“ pro Semester leisten und sollen dadurch die Studiengebühren rückerstattet bekommen, dies würde einen Stundenlohn von 6,06 € bedeuten, ein billiger Ausweg aus dem Pflegenotstand.

Mit dieser Idee hat sich Bundeskanzler Gusenbauer schon am Anfang seiner Amtsperiode lächerlich gemacht. Was natürlich gut gemeint war – niemand wird bestreiten, dass Sozialarbeit wichtig ist und sich jeder ein wenig mehr engagieren sollte – kann nicht der Ausweg für ein gebrochenes Wahlversprechen sein. Diese Idee ist reinste Augenauswischerei um wenigstens ein paar Wählerinnen und Wähler gnädig stimmen zu können.

wen betrifft?

Sozialarbeit statt Studiengebühren betrifft diejenigen, die sich die Studiengebühren nicht leisten können. Die Armen sollen also zunächst Idealismus lernen. Die soziale Ungerechtigkeit wird dadurch nicht nur fortgesetzt sondern verschärft. Weiters arbeiten schon heute laut einer AK-Studie über zwei Drittel der Studierenden um ihr Studierendenleben finanzieren zu können. Das ist für mich eigentlich eines der dringendsten Probleme, durch diese Maßnahme wird es nur verschärft. Zusätzlich haben Studierende mit hoher Präsenzpflcht, das heißt mit vielen Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht wie etwa in der Medizin, schon heute gar keine Zeit mehr für andere Tätigkeiten neben dem Studium.

Lohn-Dumping

Kaum ein Call-Center würde es wagen, 6,06 € Stundenlohn anzubieten. Studierende, die sich auf diesen „Deal“ mit der

Regierung einlassen, würden auf einen Gutteil ihres Lohnes verzichten. Zusätzlich bedeutet das vorgestellte Modell ein Lohn-Dumping im Sozialbereich.

Eine „Sozialarbeit“ erfordert auch Ausbildung, nicht jeder Studierende studiert ein Fach im sozialen Bereich. Ich frage mich wie die Regierung auf die Idee kommt, Studierende für „Betreuungs- und Unterstützungsleistungen in der Hospiz-Bewegung“ einzusetzen. Werden da vorher alle Studierenden einer Ausbildung unterzogen? Wer zahlt diese?

In der gesamten Diskussion um die Sozialarbeit wird die Sozialarbeit selbst immer nur auf bezahlte und sichtbare Arbeit reduziert. Die unsichtbare Arbeit, die Erziehung eines Kindes zum Beispiel, wird vollkommen vernachlässigt. Dabei haben rund ein Zehntel der Studierenden bereits Kinder – ihre Betreuungspflichten zählen im Regierungsmodell nicht als „Sozialarbeit“.

Verwaltung

Nicht außer Acht lassen darf die Regierung dabei die Verwaltung dieser „Sozialarbeits-Anrechnung“. Sozialarbeit ist schwer zu messen, die Verwaltungskosten werden meiner Meinung nach explodieren. Kanzler Gusenbauer beschwichtigte zwar mit seiner Meinung, dass dies alles realisierbar sei, konkrete Fakten will er aber nicht nennen. Wie ich das sehe, will und wird er diese Verwaltungstätigkeit auf die Universitäten abwälzen, für mich ein unzumutbarer Gedanke.

Was ist nun Sozialarbeit?

Diese Frage haben sich nun schon viele gestellt. Offiziell berät derzeit eine interministerielle Arbeitsgruppe zu dem Thema und wird alsbald ihre Vorstellungen präsentieren, was sie als anrechenbar abtut. Dass die Hochschüler- und Hochschülerinnenschaft in diesen Prozess kaum miteinbezogen wird, möchte ich nur am Rande erwähnen.



Christian Dobnik

Im Vorfeld haben sich viele Organisationen zu Wort gemeldet, die glauben, dass ihre Tätigkeiten auch zur Sozialarbeit gehört. Das anschaulichste Beispiel ist wohl die Forderung der Blaskapellen, ihre Mitglieder leisten gewissermaßen auch einen sozialen Dienst. Ist diese Vorstellung von Sozialarbeit noch ein wenig lustig, gibt es leider auch abstruse Ideen. Die Wiener Wirtschaftskammer hatte sich zu Wort gemeldet und gemeint, „wenn man den Studenten eine ersatzweise Arbeit für die Studiengebühren abverlangen will, warum dann nicht in den Unternehmen.“ Studierende als Billigarbeitskräfte für Unternehmen, man/frau sieht, wie aus einer Schnapsidee abstruse Möglichkeiten geboren werden.

Ich hoffe, die Regierung und die Koalitionspartner überdenken ihren Vorstoß. Sozialarbeit ist wichtig, aber sie kann kein Ausweg zu den Studiengebühren sein und schon gar kein Ausweg aus dem Pflegenotstand.

Christian Dobnik
dobnik@htu.tugraz.at
2. stv. Vorsitzender